

Zeitschrift: Akzent : Magazin für Kultur und Gesellschaft
Herausgeber: Pro Senectute Basel-Stadt
Band: - (2023)
Heft: 4: Geld

Artikel: Parteienfinanzierung : Geld für die Demokratie
Autor: Sutter, Markus
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1055832>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Juri Weiss / © Kanton Basel-Stadt; bpk/bildagenturbank

◀ Auf der Suche nach dem Geld. Detail der Kanzleitreppe im Rathaus.

Parteienfinanzierung

Geld für die Demokratie

«Reden wir über Geld», hieß vor Jahren eine auffällige Werbekampagne einer Basler Bank.

Ob der Aufruf fruchtete, bleibt offen. Während man in den USA schnell einmal «How much do you make?» (wie viel verdienst du?) gefragt wird und darauf ungeniert eine Antwort erhält, geben sich Herr und Frau Schweizer in Geldangelegenheiten traditionellerweise eher bedeckt.

Das gilt auch in der Politik. Der Ruf nach mehr Transparenz bei Parteispenden ist zwar ein Dauerbrenner in der Politik. Es soll Klarheit darüber bestehen, was da im Hintergrund läuft, so der Tenor der Befürworter. Denn der Verdacht, dass der Faktor Geld wichtige Entscheidungsträger in der Politik beeinflusst und bevorzugt Partikularinteressen bedient werden könnten, liegt nun einmal wie ein Schatten über dem leuchtenden Turm der Schweizer Demokratie.

Doch weite Kreise in der Politik wehren sich gegen ein allzu weit gehendes Coming-out in diesem Bereich. Der Basler Grossrat David Wüest-Rudin kann davon ein Lied singen. Bereits vor über einem Jahrzehnt hat der heute 53-jährige Grünliberale die Weichen in Richtung mehr Transparenz bei Parteispenden im Kanton Basel-Stadt stellen wollen. Er drang mit seinem Anliegen allerdings nicht durch.

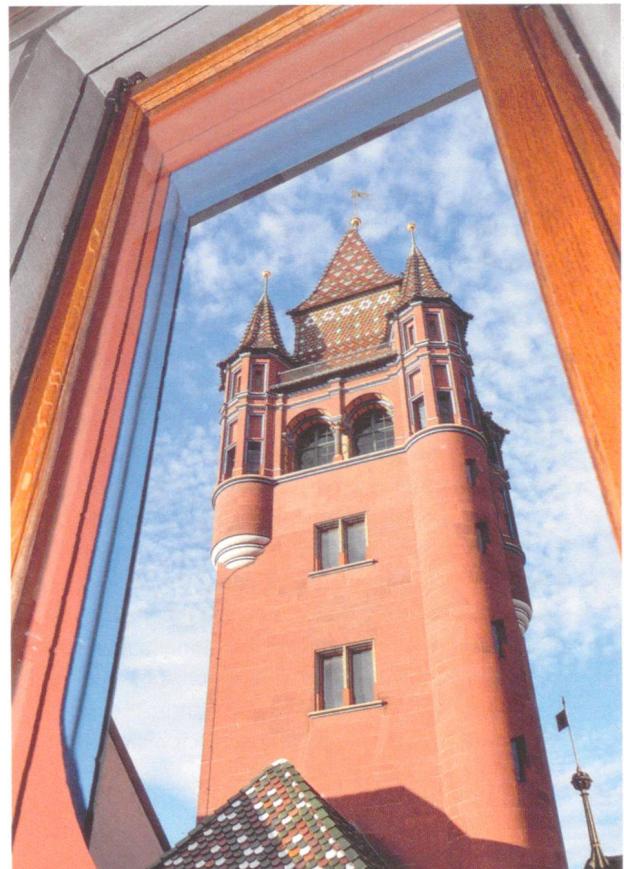
Anonyme Geldspenden

«Ein bekannter Komiker hat einmal parodiert, weshalb sich Prominente so gerne in der Schweiz aufzuhalten», erzählt David Wüest, der inzwischen seine vier-

Der leuchtende Turm der Basler Demokratie ... ▶

Parteien sind auf beträchtliche finanzielle Mittel angewiesen, nicht zuletzt, um Wahl- und Abstimmungskämpfe im Interesse einer funktionierenden Demokratie durchführen zu können. Doch gerade in der Schweiz – im Musterland der Demokratie – ist es um die Transparenz von Geldflüssen nicht besonders gut bestellt. Das hat David Wüest-Rudin, Basler Grossrat, schon vor über zehn Jahren erfolglos moniert.

Text Markus Sutter · Portrait Claude Giger



Juri Weiss / © Kanton Basel-Stadt; bpk/bildagenturbank

Der Basler Grossrat David Wüest-Rudin will, dass die Finanzierung der Parteien transparenter wird. ►

Der Arbeitsplatz der Lobbyisten – die Wandelhalle des Bundeshauses



© Parlamentsdienste / Rob Lewis

Neue Vorschriften: Pflicht zur Offenlegung

Das Schweizer Parlament hat im Juni 2021 einen indirekten Gegenvorschlag zur Transparenz-Initiative verabschiedet, die in der Folge zurückgezogen wurde. Beim indirekten Gegenvorschlag handelt es sich um neue Vorschriften über die Offenlegung der Finanzierung von politischen Parteien sowie von Wahl- und Abstimmungskampagnen.

Diese Regeln gelten erstmals bei den Nationalratswahlen im Oktober 2023. Konkret müssen die in der Bundesversammlung vertretenen politischen Parteien jährlich ihre Einnahmen sowie Zuwendungen im Wert von mehr als 15 000 Franken pro Person und Jahr offenlegen. Im Weiteren haben die Parteien die Beiträge der einzelnen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger zu melden. Bei Abstimmungs- und Wahlkampagnen sind, wenn dafür mehr als 50 000 Franken aufgewendet werden, die budgetierten Einnahmen und die Schlussrechnung sowie Zuwendungen über 15 000 Franken pro Person und Kampagne offenzulegen. Die Regeln gelten nur auf eidgenössischer Ebene. Parteien auf Kantons- und Gemeindeebene sind grundsätzlich nicht betroffen.

te Legislaturperiode im Basler Parlament absolviert und seine Meinung zu diesem Thema in all den Jahren nicht geändert hat. Hier werde man eben in Ruhe gelassen, das Private werde akzeptiert. Dazu gehöre, dass es niemanden etwas angehe, was ich mit meinem Geld anfange und wofür ich es einsetze. Das begreife er. «Ich habe durchaus Verständnis für Parteispender, die – aus welchen Gründen auch immer – anonym bleiben wollen», macht Wüest-Rudin unmissverständlich klar. Sein politischer Vorstoß anno 2011 fiel denn auch sehr moderat aus. So wären die einzelnen Spenderinnen und Spender immer noch anonym geblieben. Die Parteien hätten nur berichten müssen, wie viele Mittel ihnen zum Beispiel von einzelnen Wirtschaftsbranchen gesamthaft zugeflossen wären oder wie hoch die Einzelspenden waren. Aber selbst dieser Vorschlag ging einer (kleinen) Mehrheit in Basel damals zu weit. Ein neuer Anlauf ist in der Pipeline.

Versteckte Finanzflüsse

«Parteienfinanzierung in der Schweiz geschieht im Verborgenen. Offiziell weiß niemand, woher die wichtigsten Akteure der Politik, die Parteien, ihr Geld haben. Die Beteiligten reagieren auf Fragen mit Stillschweigen. Das Vertrauen der Bürger in die direkte Demokratie schwindet.» Zu diesem Schluss kommt Hilmar Gernet.

Der ehemalige Generalsekretär der CVP (heute Die Mitte) durchleuchtete in seinem Buch mit dem Titel «(Un-)heimliches Geld» die Schweizer Praxis der Parteienfinanzierung im letzten halben Jahrhundert. Bei uns ist halt alles ein bisschen anders als im Ausland, sowohl was das politische System wie auch was die Unterstützung der Parteien anbetrifft. In Österreich beispielsweise, das als Land etwa gleich viele Einwohner wie die Schweiz hat, erhalten die Parteien rund 280 Millionen Franken pro Jahr an finanziellen Mitteln – und davon stammen etwa 80 Prozent vom Staat. Die Schweizer Parteien hingegen müssen sich mit einem Bruchteil dieser Summe zufrieden geben.* Hingegen engagieren sich Private in der Schweiz finanziell weit aus stärker als der Staat. Das Fazit von Hilmar Gernet: «Es gibt offenbar viele Bürger, die bereit sind, einen schönen Schübel Geld für die Politik aufzuwenden.»



In Sachen Transparenz kommt, zumindest auf nationaler Ebene, immerhin langsam etwas in Bewegung. Für Druck sorgte die Transparenz-Initiative. Sie wurde in der Zwischenzeit zugunsten eines indirekten Genvorschlags zurückgezogen. Neben der Offenlegung von Parteispenden sollen neuerdings auch Kampagnengelder transparenter ausgewiesen werden (siehe Kasten).

Mit einer Million Franken einen Bundesrat machen?
Im Gespräch mit dem langjährigen Basler Polithasen David Wüest-Rudin wird es philosophisch: Was lässt sich mit Geld in der Politik überhaupt erreichen? Ein Zürcher Werber wurde vor Jahren mit der Aussage berühmt, dass er mit einer Million Franken aus einem Kartoffelsack einen Bundesrat machen könne... Wüest-Rudin lacht und schüttelt den Kopf. Geld sei eine Grundvoraussetzung dafür, um den Politbetrieb am Leben zu erhalten und Wahl- sowie Abstimmungskämpfe durchführen zu können. Man dürfe den Faktor Geld aber nicht überbewerten, ist er überzeugt: «Allein mit Geld kann man eine Wahl- oder Abstimmungskampagne nicht gewinnen. Aber mit weniger Geld verliert man sie eher.»

Letztlich braucht es für den politischen Erfolg eine Kombination von Geld, guten Argumenten sowie einen hohen Mobilisierungsgrad. Wenn Organisationen in einem grossen Netzwerk zusammenspannen, erhöhen sich die Erfolgschancen markant. Als Beispiel nennt Wüest-Rudin auf nationaler Ebene eine Kooperation zwischen der Wirtschaft und den Bauern bei der Konzernverantwortungsinitiative. Und ganz wichtig: Das Timing und die richtige Konstellation, gerade bei Wahlkämpfen, müssen stimmen. «Je nachdem, wer als Konkurrenz antritt, ist das für eine Kandidatin oder einen Kandidaten von Vorteil.» Das gelte ebenso für die Partei, die je nach Konstellation auch mit knappen finanziellen Mitteln einen erfolgreichen Wahlkampf führen könne. ■

* Vergleiche dazu: Peter Buomberger; Daniel Piazza:
«Wer finanziert die Schweizer Politik? Auf dem Weg zu mehr
Transparenz und Demokratie» NZZ Libro, Zürich, 2022
ISBN: 978-3-907291-69-6